Geschäftsordnung der Schiedsstelle nach § 133 SGB IX des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Aufgrund § 1 Abs. 3 der Landesverordnung über die Bildung und das Verfahren einer Schiedsstelle nach § 133 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (Schiedsstellenlandesverordnung SGB IX - SchStLVO SGB IX M-V) vom 5. Juli 2021 (GVOBl. M-V 2021, S. 1140) hat die Schiedsstelle SGB IX am 11. Juli 2023, die am 21. Juni 2022 beschlossene Geschäftsordnung, geändert:

§ 1 Geschäftsstelle

- (1) Die Leitung der Geschäftsstelle der Schiedsstelle nimmt die nach der SchStLVO SGB IX M-V vom 5. Juli 2021 übertragenen Aufgaben nach Weisung durch das vorsitzende Mitglied eigenverantwortlich wahr.
- (2) Die Verpflichtung zur Verschwiegenheit nach § 7 Abs. 6 der SchStLVO SGB IX M-V betrifft auch die Mitarbeitenden der Geschäftsstelle und umfasst den Hergang bei Beratung und Abstimmung der Schiedsstelle.

§ 2 Antrag

- (1) Schriftlich gestellte Anträge und Schriftsätze sind in zehnfacher Ausfertigung einzureichen.
- (2) Bei elektronischen Anträgen - soweit ein elektronisches Verfahren eingerichtet ist - werden diese unter dem Datum des Eingangs von den Mitarbeitenden der Geschäftsstelle ausgedruckt. Zwei Exemplare sind in Papierform einzureichen.
- (3) Die Leitung der Geschäftsstelle registriert eingehende Anträge, vergibt ein Aktenzeichen, fordert gegebenenfalls fehlende Unterlagen nach und leitet die Anträge unverzüglich dem vorsitzenden Mitglied der Schiedsstelle und dem Antragsgegner zu.
- (4) Isolierte Eilanträge erhalten den Aktenzeichenzusatz „ER“, zurückverwiesene Verfahren das alte Aktenzeichen mit dem Zusatz „ZV“.
- (5) Die Frist zur Stellungnahme nach § 8 Abs. 3 Satz 1 SchStLVO SGB IX M-V beträgt grundsätzlich vier Wochen für Antragsteller/in wie Antragsgegner/in. Sie kann verkürzt oder verlängert werden.
- (6) Spätestens mit der Ladung zur mündlichen Verhandlung werden allen Mitgliedern der Schiedsstelle die von Antragsteller/in und Antragsgegner/in eingereichten Verfahrensunterlagen zugeleitet. Bei Verhinderung des Mitglieds sind die Unterlagen umgehend an das stellvertretende, an der Sitzung teilnehmende Mitglied weiterzuleiten.

- (7) Dem an der Schiedsstellensitzung teilnehmenden Mitglied der Interessenvertretung der Menschen mit Behinderungen nach § 5 des Landesausführungsgesetzes SGB IX wird mit der Einladung zur Schiedsstellensitzung die Antrags- und die Erwidierungsschrift übersandt.

§ 3 Ladung

- (1) Zeit und Gegenstand der Sitzungen der Schiedsstelle werden von dem vorsitzenden Mitglied festgelegt und den Parteien möglichst frühzeitig angezeigt.
- (2) Die Zustellung der Ladung der Parteien und der Mitglieder wird durch die Geschäftsstelle spätestens vier Wochen vor der Sitzung bewirkt. Die Ladungsfrist kann mit Einverständnis der Parteien verkürzt werden.

§ 4 Mündliche Verhandlung

- (1) Die Mitarbeitenden der Geschäftsstelle nehmen die Aufgaben der Protokollführung nach § 10 Abs. 5 SchStLVO SGB IX M-V, § 122 SGG und nach § 159 ZPO die eines Urkundsbeamten der Geschäftsstelle wahr.
- (2) Mit Einverständnis der Beteiligten und der Mitglieder der Schiedsstelle kann eine Tonaufzeichnung der Sitzung erfolgen. Das Protokoll ist in diesem Fall unverzüglich nach der Sitzung herzustellen. Aufzeichnungen auf Ton- oder Datenträgern sind zu löschen,
1. soweit das Protokoll nach der Sitzung hergestellt oder um die vorläufig aufgezeichneten Feststellungen ergänzt ist, wenn die Parteien innerhalb eines Monats nach Mitteilung der Abschrift keine Einwendungen erhoben haben;
 2. nach bestandskräftigem Abschluss des Verfahrens.
- (3) Die mündliche Verhandlung kann auch in Form einer Telefonkonferenz oder einer bildgebenden digitalen Kommunikationsform stattfinden, wenn die Umstände es erfordern oder die Beteiligten zustimmen.
- (4) Dem an der Schiedsstellensitzung teilnehmenden Mitglied der Interessenvertretung der Menschen mit Behinderungen nach § 5 des Landesausführungsgesetzes SGB IX wird in der mündlichen Verhandlung ein Fragerecht eingeräumt. Im Rahmen der mündlichen Verhandlung kann dem teilnehmenden Mitglied ein Rederecht eingeräumt werden, wenn die Mehrheit der Schiedsstellenmitglieder dem zustimmt.
- (5) Zur Vorbereitung der mündlichen Verhandlung kann das vorsitzende Mitglied mit Einverständnis der Parteien einen Erörterungstermin durchführen.

§ 5 Verfahren ohne mündliche Verhandlung

- (1) Das Verfahren ohne mündliche Verhandlung (schriftliches Verfahren) kann auf schriftlichen Antrag einer Partei durch das vorsitzende Mitglied eingeleitet werden, wenn es der Auffassung ist, dass die Sache keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher oder rechtlicher Art aufweist, der Sachverhalt geklärt ist und die andere Partei einverstanden ist.
- (2) Zur Beschlussfassung leitet die Geschäftsstelle den Mitgliedern der Schiedsstelle einen von dem vorsitzenden Mitglied vorbereiteten Schiedsspruch zu. Die Mitglieder der Schiedsstelle haben binnen drei Wochen zu erklären, ob sie dem vorgeschlagenen Schiedsspruch zustimmen. Kommt die nach § 133 Abs. 4 SGB IX, § 11 Abs. 3 SchStLVO SGB IX M-V erforderliche Mehrheit nicht zustande, wird die Sache mündlich verhandelt.

§ 6 Schiedsspruch

Der Schiedsspruch soll von dem vorsitzenden Mitglied vor Ablauf von 1 Monat nach der Verkündung des Schiedsspruchs abgesetzt und der Geschäftsstelle unterschrieben zugeleitet werden. Die Leitung der Geschäftsstelle fertigt den Schiedsspruch aus, stellt ihn den Parteien zu (§ 11 Abs. 4 SchStLVO SGB IX M-V) und sendet ihn nachrichtlich dem für Soziales zuständigen Ministerium zu (§ 11 Absatz 4 Satz 5 SchStLVO SGB IX M-V).

§ 7 Kostenentscheidung

Soweit eine Entscheidung über die Höhe, die Verteilung und Tragung der Gebühr nicht zusammen mit der Sachentscheidung ergeht (§ 13 Absatz 3 SchStLVO SGB IX M-V) ergeht sie durch eine Kostenentscheidung des vorsitzenden Mitglieds.

§ 8 Verfahrensgebühr

- (1) Die Gebührenpflicht entsteht mit Antragseingang bei der Geschäftsstelle.
- (2) Für jedes Verfahren der Schiedsstelle wird eine Gebühr in dem Rahmen nach § 13 Absatz 1 Satz 3 SchStLVO SGB IX M-V in Höhe von mindestens 700,00 Euro und höchstens 7.000,00 Euro erhoben.
- (3) Der Bedeutung und Schwierigkeit der Sache nach § 13 Absatz 1 und 2 SchStLVO SGB IX M-V entsprechend wird in den nachstehenden vereinfachten Verfahren regelmäßig folgende Gebühr erhoben:
 - a. Erledigung des Verfahrens/Rücknahme des Antrags vor der Ladung zur mündlichen Verhandlung Mindestgebühr
 - b. Erledigung des Verfahrens/Rücknahme des Antrags nach der Ladung zur aber vor der mündlichen Verhandlung 1.500,00 Euro
 - c. Erledigung in oder nach der mündlichen Verhandlung,

ohne dass ein Schiedsspruch ergeht oder ein Vergleich geschlossen wird	3.000,00 Euro
d. Verfahren zur alleinigen unstreitigen Festsetzung der Laufzeit der Vereinbarung:	1.000,00 Euro

In den übrigen Fällen bestimmt sich die Verfahrensgebühr in Ausübung des eingeräumten Ermessens zunächst nach der Bedeutung der Sache. Die Bedeutung der Sache ist dabei die wirtschaftliche oder rechtliche Bedeutung für die Antragstellerin/den Antragsteller, die regelmäßig nach der Höhe der streitigen Differenz zwischen der angebotenen und der beantragten Leistungsvergütung im Vereinbarungszeitraum zu bemessen ist. Die Wertermittlungsvorschriften des § 52 GKG sind hierfür ergänzend heranzuziehen.

- (4) Bei gleichgelagerten Verfahren eines Trägers ermäßigt sich die Gebühr ab dem zweiten Verfahren auf die Hälfte.
- (5) Die nach Anwendung von Absatz 3 ermittelte Gebühr kann nach dem Schwierigkeitsgrad der Angelegenheit für die Schiedsstelle, der sich als Zeitaufwand oder Intensität der Befassung ausdrückt, um bis zu 25 % herabgesetzt bzw. erhöht werden.

§ 9 Entschädigung des vorsitzenden Mitglieds

- (1) Das vorsitzende Mitglied der Schiedsstelle ist berechtigt, Dienstreisen (§ 2 Nr. 1 LRKG MV) und Dienstgänge (§ 2 Ziff. 6 LRKG MV) zur Erledigung von Dienstgeschäften in Schiedsstellenangelegenheiten selbst anzuordnen und zu genehmigen. Es teilt die Anordnung oder Genehmigung einer Dienstreise oder eines Dienstganges der Leitung der Geschäftsstelle mit.
- (2) Das vorsitzende Mitglied erhält für sonstige Kosten und Zeitaufwand für jedes Verfahren einen Pauschalbetrag:
a. Antragsrücknahme oder Erledigung des Verfahrens nach Zuleitung der Verfahrensunterlagen an die/den Vorsitzenden	300,00 Euro
b. Verfahren ohne mündliche Verhandlung, das mit einem Schiedsspruch abgeschlossen wird:	500,00 Euro
c. Verfahren mit mündlicher Verhandlung, das mit einem Vergleich abgeschlossen wird	500,00 Euro
d. Isolierte Kostenentscheidung nach § 7:	350,00 Euro
e. Verfahren mit mündlicher Verhandlung, das mit einem Schiedsspruch abgeschlossen wird:	550,00 Euro
f. Verfahren zur Festsetzung von Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen nach § 126 Absatz 2 SGB IX in Verbindung mit § 125 Absatz 2 SGB IX, das mit einem Schiedsspruch oder	

- einem Vergleich abgeschlossen wird: 1.000,00 Euro
- g. Vertretung vor den Sozialgerichten: 1.000,00 Euro
- h. Bei gleichgelagerten Verfahren ermäßigt sich die Pauschale ab dem zweiten Verfahren auf die Hälfte.
- (3) Der Anspruch des vorsitzenden Mitglieds der Schiedsstelle auf Reisekosten und den Pauschalbetrag ist innerhalb einer Ausschlussfrist von sechs Monaten bei der Geschäftsstelle zu stellen (§ 3 Abs. 5 LRKG MV).
- (4) Sachverständige haben ihren Anspruch auf Vergütung und Entschädigung binnen einer Ausschlussfrist von drei Monaten bei der Geschäftsstelle geltend zu machen (§ 12 Abs. 3 SchStLVO SGB IX M-V i. V. m. § 2 Abs. 1 JVEG).

§ 10 Inkrafttreten

- (1) Die Geschäftsordnung tritt am 22. Juni 2022 in Kraft und findet auf alle zu diesem Zeitpunkt anhängigen Verfahren sowie alle neuen Verfahren Anwendung. Die Verfahrensgebühr gilt für Anträge, die nach dem Inkrafttreten gestellt werden.
- (2) § 9 Abs. 2 GO tritt mit der Genehmigung des für Soziales zuständigen Ministeriums (§ 12 Absatz 1 Satz 5 SchStLVO SGB IX M-V) in Kraft¹.

Dr. Johannes Namgalies
Vorsitzender der Schiedsstelle SGB IX

Kati Noack
Leiterin der Geschäftsstelle der
Schiedsstellen

¹ Das Ministerium hat seine Genehmigung mit Schreiben vom 22. August 2022 erteilt.